

A16 Wohnen ist kein Luxus!

Antragsteller*in: SB Innenstadt, Juso Hochschulgruppe Uni
Köln
Tagesordnungspunkt: TOP 10.2. Beratung der restlichen Anträge

Weiterleitung an: SPD Ratsfraktion Köln, SPD
Kommunalwahlprogramm, KölnSPD Parteitag

Antragstext

1 Wir fordern die Stadt Köln dazu auf, Vertreter*innen der Studierendenschaft und
2 des Kölner Studierendenwerks zu gemeinsamen Gesprächsrunden über Lösungen für
3 die kritische Wohnsituation von Studierenden einzuladen.

4 Ebenso soll die Stadt Köln das Gespräch mit Auszubildenenvertretungen suchen, um
5 Verbesserungen für die Wohnsituation von Auszubildenden zu besprechen.

6 Des Weiteren fordern wir die Stadt Köln dazu auf, zum jeweiligen Beginn eines
7 Semesters kurzfristige Übernachtungsmöglichkeiten für Studierende zur Verfügung
8 zu stellen.

9 Langfristig muss die Stadt Köln die Schaffung studentischer Wohnheime in die
10 Planung der neuen Stadtquartiere mit aufnehmen, wie etwa in Kreuzfeld oder im
11 Deutzer Hafen. Wir fordern die Stadt Köln auf, konkrete Baumöglichkeiten für das
12 Kölner Studierendenwerk durch die Vergabe von Grundstücken im Rahmen der
13 Erbpacht zum Nullzinssatz zu schaffen. Ziel muss es sein, dass die Stadt Köln
14 dabei mitwirkt, dass bis zum Jahr 2030 der Bau von mindestens 1000 neuen
15 Wohnheimplätzen eingeleitet wird.

Begründung

Am 19.11.2024 hat der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Universität zu Köln sich mit einem offenen Brief an die Oberbürgermeisterin Henriette Reker und die Stadtverwaltung gewandt und die katastrophale Wohnsituation für Studierende kritisiert. Die Stadt Köln hat bis zuletzt nicht auf diesen Brief und die enthaltenden Forderungen geantwortet, sondern lediglich erklärt, dass für den Bau von studentischem Wohnraum das Land NRW zuständig sei. Auch eine Einladung des AStA zu einer Podiumsdiskussion zu

diesem Thema ließ die Stadtverwaltung unbeantwortet.

Derzeit besitzt das Kölner Studierendenwerk circa 5.000 Wohnheimplätze für rund 80.000 Studierende in Köln. Als Richtmarke gibt das Land NRW vor, dass für jeden 10. Studierenden ein Wohnheimplatz bestehen soll. In Köln fehlen somit etwa 3.000 Wohnheimplätze. Ein WG-Zimmer wiederum kostete zuletzt in Köln durchschnittlich 560 Euro im Monat. Der BAföG-Höchstsatz sieht als Wohnpauschale gerade einmal 380 Euro vor.

Für immer mehr Studierende wird das Studieren in Köln damit unbezahlbar. Ein Studium in Köln rückt für Studierende aus einkommensschwachen Familien in weite Ferne und wird letztendlich zum Luxusgut. Wer Bildungsgerechtigkeit will, muss für ein bezahlbares Studium sorgen. Der Bau neuer studentischer Wohnheimplätze ist schließlich unverzichtbar. Gleichzeitig müssen Bund, Land und die Stadt endlich Maßnahmen für eine soziale Wohnungspolitik ergreifen.

Zu Beginn eines jeden Semesters richtet der AStA eine Notschlafstelle aus, in der Erstsemester für rund zwei Wochen in einem Veranstaltungskeller übernachten können. Die Nachfrage war in den vergangenen Jahren teilweise so hoch, dass nicht alle Erstsemester in der Notschlafstelle einen Platz erhielten. Die Stadt Köln muss hier endlich Verantwortung übernehmen und selbst eine kurzfristige Lösung für Studierende anbieten. Denkbar wären etwa Hotel- und Hostelgutscheine für Erstsemester.